

Der stille Verfassungsbruch: Eine verfassungssoziologische Autopsie der strukturellen Gewalt im bundesdeutschen Sozialstaat (Stand 2026)

I. Präambel: Der Staat unter Narkose – Von der Ruck-Rede zur sozialen Agonie

Als Bundespräsident Roman Herzog am 26. April 1997 im Berliner Hotel Adlon vor das Pult trat, um seine heute historisch aufgeladene „Ruck-Rede“ zu halten, diagnostizierte er eine Nation im Zustand der Paralyse. Er sprach von einem Land, das „unter Narkose“ liege, gefesselt von Besitzstandswahrung, Mutlosigkeit und einem Reformstau, der die wirtschaftliche Dynamik erstickte.¹ Herzog forderte, dass ein „Ruck durch Deutschland“ gehen müsse, eine Metapher, die in den folgenden Jahrzehnten primär neoliberal interpretiert wurde: als Deregulierung, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und Abbau sozialer Sicherungssysteme. Betrachtet man jedoch die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2026, fast drei Jahrzehnte nach dieser Zäsur, so drängt sich aus einer progressiven, verfassungspatriotischen Perspektive ein gänzlich anderer Befund auf. Die Narkose, die Herzog beschrieb, hat sich nicht aufgelöst; sie hat vielmehr ihren Charakter gewandelt. Sie ist von einer Narkose der ökonomischen Innovation zu einer Narkose der sozialen Empathie und der verfassungsrechtlichen Wachsamkeit mutiert.

Der Staat des Jahres 2026 ist nicht handlungsunfähig im Sinne der Bürokratieproduktion – wie der historische Aufwuchs der ministeriellen Führungsriegen beweist –, sondern er ist selektiv gelähmt in der Wahrnehmung seiner elementarsten Schutzpflichten gegenüber den vulnerabelsten Teilen der Bevölkerung. Wenn wir heute, gestützt auf die erdrückende Datenlast des Robert Koch-Instituts (RKI), des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Bilanz ziehen, offenbart sich eine Realität, die mit dem Geist des Grundgesetzes (GG) kaum mehr in Einklang zu bringen ist. Die „Würde des Menschen“ (Art. 1 GG) steht für Millionen Bürger nicht nur metaphorisch, sondern physisch in Flammen, verzehrt durch eine sozioökonomische Ordnung, die Armut mit einem vorzeitigen Tod bestraft.

Diese Untersuchung widmet sich der These, dass die statistisch signifikante, kürzere Lebenserwartung einkommensschwacher Schichten kein bedauerliches Naturereignis ist, sondern das Resultat eines fortgesetzten Verfassungsbruchs durch Unterlassen. Wir analysieren eine Form der „strukturellen Gewalt“ im Sinne Johan Galtungs, die sich tief in die

Autor: Jan Bludau

Datum: 27.01.2025

1 / 13

Institutionen der Daseinsvorsorge – von der Rentenversicherung bis zur Schulinfrastruktur – eingefressen hat. Dabei dient uns Albert Einsteins Mahnung aus dem Jahr 1949, wonach der Kapitalismus in seiner „räuberischen Phase“ das Individuum verkrüppelt, als theoretischer Kompass.³ Es gilt, die Mechanismen dieser Verkrüppelung im Detail offenzulegen.

II. Die Biopolitik der Ungleichheit: Wenn der Geldbeutel über den Tod entscheidet

1. Der Befund: Eine stabile Hierarchie des Sterbens

Die Frage nach Leben und Tod ist die ultimative Währung jeder Gesellschaft. In der Bundesrepublik Deutschland wird diese Währung höchst ungleich verteilt. Die epidemiologische Forschung, insbesondere die wegweisenden Arbeiten von Thomas Lampert und seinem Team am RKI, hat seit 2019 eine Datenbasis geschaffen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt: Soziale Ungleichheit manifestiert sich direkt in biologischer Endlichkeit.⁵

Die Diskrepanz in der Lebenserwartung zwischen den Einkommensgruppen ist nicht nur existent, sie ist obszön groß. Männer, deren Einkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze liegt (weniger als 60 % des mittleren Einkommens), sterben im Durchschnitt 8,6 Jahre früher als ihre wohlhabenden Altersgenossen. In Extrembereichen, beim Vergleich des ärmsten mit dem reichsten Prozent der Einkommensverteilung, weitet sich diese Kluft auf bis zu 15 Jahre bei Männern und 10 Jahre bei Frauen aus.⁷ Während ein Mann aus der Oberschicht im Schnitt 87,3 Jahre alt wird, endet das Leben eines Mannes aus dem ärmsten Segment bereits mit 72,7 Jahren.⁷

**Tabelle 1: Die Mortalitätskluft nach Einkommen und Geschlecht
(Datenkonsolidierung RKI/Böckler)**

Parameter	Männer (Differenz Arm vs. Reich)	Frauen (Differenz Arm vs. Reich)	Trendanalyse (25 Jahre)
Lebenserwartung bei Geburt	8,6 bis 15,0 Jahre	4,4 bis 10,0 Jahre	Stabil bis leicht steigend
Fernere Lebenserwartung (ab 65)	6,6 Jahre	3,7 Jahre	Stabil

Gesundheitliche Einschränkungen	Hohe Korrelation mit niedrigem Status	Hohe Korrelation mit niedrigem Status	Zunehmende Polarisierung
--	---------------------------------------	---------------------------------------	--------------------------

Datenquellen: RKI Lampert ⁵, Böckler Impuls ⁷, DIW ⁸

Diese Zahlen sind keine Momentaufnahme. Die Trendanalysen des RKI zeigen, dass diese Unterschiede über die letzten 25 Jahre bemerkenswert stabil geblieben sind.⁵ Trotz medizinischen Fortschritts und einer insgesamt steigenden Lebenserwartung profitieren die unteren Schichten nicht im gleichen Maße. Der Anstieg der Lebenserwartung ist klassenspezifisch: Eine 40-jährige Frau aus den oberen fünf Prozent der Einkommensverteilung gewann in den letzten 15 Jahren 2,9 Lebensjahre hinzu, während der Gewinn in unteren Schichten deutlich geringer ausfiel.⁷

2. Kausalität und staatliches Unterlassen

Kritiker wenden oft ein, dass individuelle Lebensführung – Rauchen, Ernährung, Bewegung – für diese Diskrepanz verantwortlich sei. Diese Argumentation verkürzt die Realität zynisch. Die Soziologie der Gesundheit zeigt, dass das individuelle Verhalten massiv durch die materiellen Verhältnisse determiniert wird. Wer in einer verlärmten Umgebung wohnt, prekär beschäftigt ist, chronischem Stress durch finanzielle Unsicherheit ausgesetzt ist und keinen Zugang zu hochwertiger Bildung hat, dessen „Lifestyle-Entscheidungen“ sind keine freien Wahlen, sondern Anpassungsreaktionen an Mangelzustände.⁹

Hier greift der verfassungsrechtliche Vorwurf: Der Staat kennt diese Kausalitäten. Das RKI ist eine Bundesbehörde. Die Daten liegen auf den Tischen der Ministerien. Wenn der Staat weiß, dass Armut tödlich ist, und dennoch die strukturellen Ursachen der Armut (Niedriglohnsektor, Mietenwahnsinn, Zweiklassenmedizin) nicht beseitigt, verletzt er seine Schutzpflicht aus Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 GG („Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“). Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung (Untermaßverbot) klargestellt, dass der Staat nicht tatenlos bleiben darf, wenn Grundrechte durch strukturelle Gegebenheiten massiv gefährdet sind.¹⁰ Das Unterlassen wirksamer Gegenmaßnahmen – etwa einer drastischen Umverteilung oder einer massiven Investition in die Gesundheitsprävention in armen Quartieren – kommt einer passiven Euthanasie durch den Markt gleich.

III. Ökonomische Anarchie und die „Räuberische Phase“: Einsteins Vermächtnis

Um die Tiefe des Problems zu verstehen, müssen wir über die reine Statistik hinausgehen und die ökonomische Philosophie betrachten, die diesem Zustand zugrunde liegt. Albert Einstein veröffentlichte 1949, im Gründungsjahr der Bundesrepublik, seinen Essay „Why Socialism?“ in der ersten Ausgabe der *Monthly Review*.³ Darin analysierte er die Pathologien des Kapitalismus mit einer Schärfe, die im Jahr 2026 erschreckend aktuell wirkt.

Einstein beschrieb den Kapitalismus als die „räuberische Phase der menschlichen Entwicklung“ (*predatory phase of human development*).⁴ Er argumentierte, dass die „ökonomische Anarchie“ der kapitalistischen Gesellschaft die wahre Quelle des Übels sei.¹³ Das schlimmste Übel dieses Systems sah Einstein nicht in der wirtschaftlichen Ineffizienz, sondern in der „Verkrüppelung des Individuums“ (*crippling of individuals*).¹³

1. Die Verkrüppelung des Sozialstaatsprinzips

Übertragen auf das Deutschland des Jahres 2026 bedeutet dies: Die Verkrüppelung ist wörtlich zu nehmen. Sie findet in den Körpern derer statt, die sich im Niedriglohnsektor aufreiben, die in schlecht isolierten Wohnungen leben und die sich die Zuzahlungen für hochwertige medizinische Leistungen nicht leisten können. Das Grundgesetz wollte mit den Artikeln 20 und 28 (Sozialstaatsprinzip) genau diese räuberische Phase überwinden und eine Ordnung schaffen, die dem Menschen dient.

Doch die Realität der Jahre 2025/2026 zeigt eine Rückkehr zur Prädation. Die Mechanismen des Marktes haben die Schutzmechanismen der Verfassung durchdrungen. Wenn Gesundheit zur Ware wird und Lebenserwartung zum Privileg, dann hat sich der Staat aus seiner Verantwortung als Hüter der Würde (Art. 1 GG) verabschiedet. Er agiert als Verwalter der Ungleichheit, nicht als deren Überwinder. Einsteins Forderung nach einer Wirtschaft, die auf soziale Ziele ausgerichtet ist, steht im direkten Widerspruch zur Praxis einer Politik, die seit 1997 (Herzogs Rede) primär die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und nicht die Überlebensfähigkeit der Bürger im Blick hatte.

IV. Das Rentensystem: Ein regressiver Transfermechanismus von Arm zu Reich

Kein Bereich des Sozialstaates entlarvt die strukturelle Gewalt deutlicher als die gesetzliche Rentenversicherung. Das System basiert auf der Fiktion der Äquivalenz: Wer einzahlt, erhält später eine entsprechende Leistung. Diese Logik bricht zusammen, sobald man die unterschiedliche Lebenserwartung einkalkuliert.

1. Die perverse Mathematik der Sterblichkeit

Ein Arbeiter im Baugewerbe oder in der Pflege, der 40 oder 45 Jahre lang Beiträge in die

Rentenkasse eingezahlt hat, stirbt statistisch gesehen kurz nach Erreichen des Rentenalters. Bei einer Lebenserwartung von ca. 72,7 Jahren (Armutsquintil Männer) verbleiben ihm nur wenige Jahre Rentenbezug. Ein hochbesoldeter Angestellter oder – noch gravierender – ein Beamter (der über Steuern finanziert wird), lebt durchschnittlich bis zum 87. Lebensjahr oder länger.⁷

Das Resultat ist eine massive, versteckte Umverteilung von Unten nach Oben. Die Beiträge der Armen, die früh sterben, verbleiben im „Topf“ und finanzieren die überlange Rentenbezugsdauer der Reichen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat diesen Mechanismus explizit bestätigt: „Die gesetzliche Rentenversicherung Deutschlands betreibt eine Umverteilung von unten nach oben, von Arm zu Reich“.⁸ Für bestimmte Berufsgruppen im Niedriglohnbereich ergibt sich daraus eine **„negative Rendite“** ihrer Lebensarbeitsleistung. Sie zahlen ein Leben lang für eine Absicherung, die sie kaum in Anspruch nehmen können.

2. Der Skandal der Beamtenversorgung

Besonders eklatant wird dieser Bruch des Gleichheitssatzes (Art. 3 GG) beim Vergleich mit dem Beamtentum. Männliche Beamte leben im Schnitt mehr als fünf Jahre länger als männliche Arbeiter.⁸ Ein 65-jähriger pensionierter Beamter kann mit einer weiteren Lebenserwartung von 21,5 Jahren rechnen, während sein gleichaltriger Arbeiter-Kollege deutlich früher stirbt. Da Beamtenpensionen im Schnitt deutlich höher liegen als gesetzliche Renten und zudem nicht durch eigene Beitragszahlungen während der Erwerbsphase „erkauft“ wurden (sondern steuerfinanzierte Alimentation sind), potenziert sich die Ungerechtigkeit. Der Arbeiter finanziert über seine Mehrwertsteuer und Lohnsteuer die Pension des Beamten mit, der ihn um mehr als ein Jahrzehnt überlebt.

Das Festhalten an diesem segregierten Alterssicherungssystem ist vor dem Hintergrund der Mortalitätsdaten nicht mehr nur eine ordnungspolitische Frage, sondern eine verfassungsrechtliche. Es zementiert eine Zwei-Klassen-Gesellschaft bis in den Tod hinein und verletzt das Sozialstaatsgebot, das den Ausgleich gegensätzlicher Interessen und die Herstellung sozialer Sicherheit für *alle* fordert, nicht nur für die Diener des Staates.

V. Strukturelle Gewalt und der Bildungsnotstand: Die 68-Milliarden-Euro-Lücke

Die Wurzeln der ungleichen Lebenserwartung liegen oft Jahrzehnte vor dem Tod, in der frühen Kindheit und Jugend. Bildung ist der stärkste Prädiktor für Gesundheit und Einkommen. Wer hier scheitert, stirbt früher. Deshalb ist der Zustand der deutschen Bildungsinfrastruktur im Jahr 2026 von zentraler Bedeutung für unsere Analyse der

strukturellen Gewalt.

1. Die Zahlen der Schande (KfW-Kommunalpanel 2025)

Der Begriff „Investitionsstau“ klingt technisch und harmlos. Doch dahinter verbirgt sich eine massive Vernachlässigung der Zukunftschancen armer Kinder. Das KfW-Kommunalpanel taxiert den wahrgenommenen Investitionsrückstand der deutschen Kommunen auf die astronomische Summe von **215,7 Milliarden Euro**.¹⁴

Der größte und schmerzhafteste Einzelposten betrifft die Schulen. Hier fehlen laut KfW-Daten rund **68 Milliarden Euro**.¹⁶ Das bedeutet: Marode Klassenzimmer, gesperrte Turnhallen, fehlende Digitalisierung und sanitäre Anlagen, die die Würde der Schüler verletzen.

Tabelle 2: Der kommunale Investitionsstau (KfW-Kommunalpanel 2025)

Bereich	Investitionsrückstand (Mrd. EUR)	Bedeutung für strukturelle Gewalt
Schulen / Bildung	~68,0	Reproduktion von Chancenungleichheit; Bildungsarmut führt zu Gesundheitsarmut
Straßen / Verkehr	~48,3	Einschränkung der Mobilität; Lärmbelastung in armen Vierteln
Verwaltungsgebäude	~14,1	Ineffizienz bei Sozialleistungen
Gesamt	215,7	Systematische Unterfinanzierung der Daseinsvorsorge

Datenbasis: KfW Research ¹⁴

2. Galtungs Dreieck der Gewalt im Klassenzimmer

Nach Johan Galtung liegt strukturelle Gewalt vor, wenn Menschen vermeidbar daran gehindert werden, ihr Potenzial zu entfalten.¹⁷ Ein Schulsystem, das einen Investitionsrückstand von 68 Milliarden Euro vor sich herschiebt, übt genau diese Gewalt aus. Es trifft nicht die Kinder der Eliten, die auf Privatschulen oder in wohlhabenden Kommunen mit

hohen Gewerbesteuererinnahmen unterrichtet werden. Es trifft die Kinder in den „mangelhaften“ Kommunen (36 % der Kämmergeien bewerten ihre Lage so, bei Großstädten über 50 % ¹⁵).

Diese materielle Vernachlässigung ist eine Form der Gewalt, die „in die Institutionen eingebaut“ ist. Sie ist unsichtbar im Vergleich zu direkter physischer Gewalt, aber ihre Langzeitfolgen – Arbeitslosigkeit, Armut, Krankheit, früher Tod – sind verheerend. Das Grundgesetz garantiert in Artikel 28 Absatz 2 die kommunale Selbstverwaltung. Doch wenn der Bund und die Länder den Kommunen die finanzielle Luft zum Atmen nehmen (durch Schuldenbremse und unzureichende Finanzausstattung), wird dieses Verfassungsrecht zur Farce. Der Bildungsstau ist ein direkter Angriff auf das Sozialstaatsgebot des Art. 20 GG.

VI. Der aufgeblähte Leviathan: Die Staatssekretärs-Schwemme 2025/2026

Während für die Sanierung von Schultoiletten und die Anhebung der Regelsätze im Bürgergeld angeblich das Geld fehlt („Schuldenbremse“), leistet sich die Exekutive auf Bundesebene einen beispiellosen personellen Aufwuchs. Dies verdeutlicht die Prioritätensetzung eines Staates, der sich selbst alimentiert, während er seine Bürger darben lässt.

1. Wasserkopf statt Wohlfahrt

Im Zeitraum 2025/2026 hat die Anzahl der beamteten und parlamentarischen Staatssekretäre in der Bundesregierung ein historisches Rekordniveau erreicht. Kritiker, wie der Bund der Steuerzahler, weisen darauf hin, dass die Zahl der politischen Spitzenbeamten und parlamentarischen Staatssekretäre die Marke von **55** überschritten hat oder sich darauf zubewegt, begleitet von einem massiven Anbau an Stäben und Referaten in den Ministerien.¹⁹

Zum Vergleich: Frühere Regierungen kamen mit deutlich weniger Spitzenpersonal aus. Dieser Aufwuchs korreliert nicht mit einer gesteigerten Effizienz der Regierungsarbeit, sondern dient primär der Versorgung politischer Loyalitäten und der Koalitionsarithmetik.

Tabelle 3: Entwicklung der Regierungsspitze (Trendanalyse)

Indikator	Entwicklung bis 2025/2026	Kritikpunkt (Bund der Steuerzahler)
Anzahl Staatssekretäre	Anstieg auf >50 (Parlamentarische + Beamtete)	Überblähung des Apparats, Versorgungsposten

Personalkosten Ministerien	Anstieg um bis zu 68% in 10 Jahren	Disproportional zum Wachstum der Steuereinnahmen (33%)
Ministerialbürokratie	Anstieg von 18.500 (2012) auf ~30.000 (2025)	Selbstlegitimierung durch Überregulierung

Daten: Bund der Steuerzahler, Bundestag Drucksachen ¹⁹

2. Die Entkopplung der politischen Klasse

Diese Entwicklung ist deshalb so brisant, weil sie die Entkopplung der politischen Entscheidungsträger von der Lebensrealität der Bevölkerung illustriert. Ein beamteter Staatssekretär erhält Bezüge der Besoldungsgruppe B11 (plus Zulagen), genießt die oben beschriebenen Privilegien der Beamtenversorgung und hat eine Lebenserwartung, die die seiner Wähler im Prekariat weit übersteigt.

Wenn diese politische Klasse dann über Sanktionen beim Bürgergeld entscheidet – das Bundesverfassungsgericht musste 2019 einschreiten, um Totalsanktionen zu verbieten ²² –, dann entscheiden Satte über Hungernde. Die strukturelle Gewalt manifestiert sich hier in der bürokratischen Distanz. Der Staat ist nicht "unter Narkose", wenn es um die eigene Ausdehnung geht; er ist hellwach. Die Narkose setzt nur ein, wenn es um die Beseitigung der Armut geht. Dies bestätigt Einsteins Befürchtung einer „Oligarchie des privaten Kapitals“, die hier durch eine Oligarchie der Exekutive ergänzt wird, welche die demokratischen Kontrollmechanismen zunehmend durch schiere Masse und Komplexität immunisiert.

VII. Verfassungsbruch durch Unterlassen: Die juristische Anklage

Die vorangegangene Analyse der soziologischen und ökonomischen Daten führt zwingend zu einer verfassungsrechtlichen Bewertung. Liegt in der Hinnahme der ungleichen Lebenserwartung ein Verstoß gegen das Grundgesetz?

1. Das Untermaßverbot und die staatliche Schutzpflicht

Das Bundesverfassungsgericht hat aus den Grundrechten nicht nur Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat abgeleitet, sondern auch Schutzpflichten des Staates für den Bürger. Insbesondere aus Art. 2 Abs. 2 GG (Leben und Gesundheit) und Art. 1 Abs. 1 GG (Menschenwürde) erwächst die Pflicht, sich schützend und fördernd vor das Leben zu

stellen.¹⁰

Dabei gilt das **Untermaßverbot**: Der Staat darf bei der Erfüllung seiner Schutzpflichten nicht hinter ein gewisses Mindestmaß zurückfallen. Wenn der Staat zulässt, dass ein signifikanter Teil der Bevölkerung aufgrund seiner sozioökonomischen Lage systematisch früher stirbt, unterschreitet er dieses Schutzniveau. Die Maßnahmen, die er ergreift (gesetzliche Krankenversicherung, Mindestlohn), sind evident unzureichend, um die biologische Ungleichheit zu kompensieren. Die Existenz einer privaten Krankenversicherung, die Besserverdienenden schnelleren Zugang zu Fachärzten und damit zu lebensverlängernden Maßnahmen gewährt, ist in diesem Kontext nicht nur ein Ärgernis, sondern verfassungswidrig, da sie das Recht auf Leben vom Geldbeutel abhängig macht.

2. Völkergewohnheitsrecht und soziale Menschenrechte

Die Argumentation lässt sich völkerrechtlich untermauern. Zwar enthält das Grundgesetz keinen expliziten Katalog sozialer Grundrechte (anders als etwa einige Landesverfassungen), doch über das Völkergewohnheitsrecht und internationale Pakte (UN-Sozialpakt) dringen diese Normen in die deutsche Rechtsordnung ein.²⁵

Der Grundsatz „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“ (Art. 7 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 3 GG) wird zur hohlen Phrase, wenn die *faktischen* Voraussetzungen für die Wahrnehmung von Rechten nicht gegeben sind.²⁷ Das Völkergewohnheitsrecht entwickelt sich hin zu einer Anerkennung eines „menschenwürdigen Daseins“ als zwingendem Völkerrecht (*ius cogens*). Ein Staat, der reich genug wäre, allen Bürgern die gleiche Lebenserwartung zu ermöglichen, dies aber durch politische Entscheidungen (Schwarze Null, Steuerpolitik) unterlässt, verletzt nicht nur seine eigene Verfassung, sondern den zivilisatorischen Mindeststandard der Völkergemeinschaft.

3. Das Existenzminimum vor Gericht: Ein andauernder Kampf

Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Existenzminimum (Urteile 2010, 2014, 2019) betont stets, dass dieses „stets gewährleistet“ sein muss und nicht der Verfügung des Gesetzgebers unterliegt.²⁹ Dennoch sind auch 2025/2026 Verfassungsbeschwerden anhängig, die die Höhe der Regelsätze angreifen.³¹ Die Kläger argumentieren zu Recht, dass ein Warenkorb, der keine gesunde Ernährung und keine echte gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum verletzt. Wenn das Existenzminimum so niedrig bemessen ist, dass es langfristig krank macht (durch Fehlernährung, Stress, soziale Isolation), dann sichert es eben nicht die Existenz, sondern verwaltet nur das Sterben.

VIII. Konklusion: Die Wiederherstellung der

Verfassungsordnung

Die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2026 steht an einem Scheideweg. Die Daten sind eindeutig: Wir leben in einer Klassengesellschaft, in der der Klassenkampf nicht mehr auf der Straße, sondern in den Sterbetabellen ausgetragen wird.

Die „Berliner Rede“ von 2026 darf nicht mehr von einem „Ruck“ zur Deregulierung sprechen. Sie muss den **Verfassungsbruch durch Unterlassen** benennen.

1. **Anerkennung:** Die Ungleichheit der Lebenserwartung muss als zentraler Indikator für den Erfolg oder Misserfolg der Sozialpolitik anerkannt werden.
2. **Investition:** Der Bildungsstau von 68 Milliarden Euro muss sofort aufgelöst werden – finanziert durch eine Vermögensabgabe oder eine Reform der Schuldenbremse, die Investitionen in Humankapital ausnimmt.
3. **Gerechtigkeit:** Das Rentensystem muss in eine Erwerbstätigenversicherung überführt werden, die alle – auch Beamte und Mandatsträger – einbezieht, um die perverse Umverteilung von Unten nach Oben zu beenden.
4. **Gesundheit:** Die Abschaffung der privaten Vollversicherung ist ein verfassungsrechtliches Gebot, um die Gleichheit vor dem Tod wiederherzustellen.

Albert Einstein schrieb, dass das Ziel des Sozialismus darin besteht, „die räuberische Phase der menschlichen Entwicklung zu überwinden“. ⁴ Das Grundgesetz bietet uns alle Werkzeuge dafür: Die Würde des Menschen (Art. 1), den Sozialstaat (Art. 20/28) und die Eigentumsverpflichtung (Art. 14). Es liegt an uns, die Narkose zu beenden und diese Werkzeuge endlich zu nutzen. Solange Armut in Deutschland ein Todesurteil auf Raten ist, bleibt die Verfassung ein uneingelöstes Versprechen.

Hinweis zur Zitation:

Sämtliche Datenpunkte und Zitate sind durch die Forschungsunterlagen belegt:

- Mortalitätsdaten RKI/Böckler: ⁵
- Rentensystem/DIW: ⁷
- KfW Investitionsstau: ¹⁴
- Staatssekretäre/Bund der Steuerzahler: ¹⁹
- Herzog Rede: ¹
- Einstein "Why Socialism": ³
- Rechtsprechung/Galtung: ¹⁰

Referenzen

1. Roman Herzog: "Durch Deutschland muss ein Ruck gehen" - YouTube, Zugriff am Januar 10, 2026, <https://www.youtube.com/watch?v=kn336KbzJc8>

2. 25 Jahre nach Roman Herzogs berühmtester Rede: Vom Ruck zur Zeitenwende, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.iwkoeln.de/presse/in-den-medien/knut-bergmann-vom-ruck-zur-zeitenwende.html>
3. Why Socialism? - Wikipedia, Zugriff am Januar 10, 2026,
https://en.wikipedia.org/wiki/Why_Socialism%3F
4. Quote by Albert Einstein: "the real purpose of socialism is precisely to o..." - Goodreads, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.goodreads.com/quotes/7962213-the-real-purpose-of-socialism-is-precisely-to-overcome-and>
5. Soziale Unterschiede in der Mortalität und Lebenserwartung in Deutschland. Aktuelle Situation und Trends - edoc Startseite, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://edoc.rki.de/handle/176904/5909>
6. Journal of Health Monitoring - Ausgabe 1 März 2019 - Soziale Unterschiede in Deutschland: Mortalität und Lebenserwartung - Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Zugriff am Januar 10, 2026,
https://www.gbe-bund.de/pdf/johm_2019_01_soziale_unterschiede_d_mortalitaet_d.pdf
7. Ungleichheit kostet Lebensjahre - Hans-Böckler-Stiftung, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-ungleichheit-kostet-lebensjahre-8234.htm>
8. DIW-Chef: Rentensystem betreibt Umverteilung von Arm zu Reich - Versicherungsbote, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.versicherungsbote.de/id/4903048/DIW-Chef-Rentensystem-betreibt-Umverteilung-von-Arm-zu-Reich/>
9. Soziale Unterschiede in der Mortalität und Lebenserwartung | GBE kompakt 2/2014 - edoc, Zugriff am Januar 10, 2026,
https://edoc.rki.de/bitstream/handle/176904/3128/2_de.pdf?sequence=1&isAllowed=y
10. Rechtsstaatliche Immunabwehr - Verfassungsblog, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://verfassungsblog.de/rechtsstaatliche-immunabwehr/>
11. Why Socialism? is an article written by Albert Einstein in May 1949 that appeared in the first issue of the socialist journal Monthly Review. It addresses problems with capitalism, predatory economic competition, and growing wealth inequality. - Reddit, Zugriff am Januar 10, 2026,
https://www.reddit.com/r/wikipedia/comments/p9a7nd/why_socialism_is_an_article_written_by_albert/
12. Why Socialism? - Monthly Review, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://monthlyreview.org/articles/why-socialism/>
13. Saw this quote posted here a few days back and thought it deserved a nice meme. "...the real purpose of socialism is precisely to overcome and advance beyond the predatory phase of human development..." - Albert Einstein - Reddit, Zugriff am Januar 10, 2026,
https://www.reddit.com/r/socialism/comments/1amwr0/saw_this_quote_posted_h

- [ere_a_few_days_back_and/](#)
14. KfW-Kommunalpanel, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/KfW-Research/KfW-Kommunalpanel.html>
 15. KfW-Kommunalpanel 2025, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel-2025.pdf>
 16. Die Investitionsmisere der Kommunen dauert an - Das Parlament, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.das-parlament.de/wirtschaft/haushalt/die-investitionsmisere-der-kommunen-dauert-an>
 17. Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.respektplus.de/strukturelle-gewalt-einfach-erklart/#:~:text=Der%20Begriff%20wurde%20vom%20norwegischen,in%20ihrer%20Gesellschaft%20sein%20m%C3%BCssen.>
 18. Die Definition von Gewalt nach Johan Galtung - Rhizome against Polarization, Zugriff am Januar 10, 2026, <https://rap.education/hintergrundwissen/gewalt/>
 19. Bund der Steuerzahler kritisiert Aufblähung des Regierungsapparates, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://steuerzahler.de/aktuelles/detail/bund-der-steuerzahler-kritisiert-aufblaehung-des-regierungsapparates/>
 20. DHB Kapitel 6.3 Bundesministerien – Minister und Staatssekretäre 06.08.2025 - Deutscher Bundestag, Zugriff am Januar 10, 2026,
https://www.bundestag.de/resource/blob/196250/Kapitel_06_03_Bundesministerien_-_Minister_und_Staatssekret_re.pdf
 21. Das ist unsere Kabinettsreform! - Bund der Steuerzahler e.V., Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.steuerzahler.de/publikationen/detail/das-ist-unsere-kabinettsreform/?L=0&cHash=365e595bd4842a2db304f846ec559638>
 22. BVerfG: Hartz-IV-Sanktionen teilweise verfassungswidrig - Beck.de, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/bverfg-hartz-iv-sanktionen-teilweise-verfassungswidrig>
 23. Entscheidung finden - Urteil vom 5. November 2019 - Bundesverfassungsgericht, Zugriff am Januar 10, 2026,
https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2019/11/191105_1bvl000716.html
 24. Leben und Gesundheit - Verfassungsblog, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://verfassungsblog.de/leben-und-gesundheit/>
 25. KOKOTT/DOEHRING/BUERGENTHAL: GRUNDZÜGE DES VÖLKERRECHTS 1. Kapitel: Definition und Anwendungsbereich des Völkerrechts - Concordia Bern, Zugriff am Januar 10, 2026,
https://www.concordiabern.ch/wp-content/uploads/2018/08/Grundzuege_des_Voelkerrechts_Bolt.pdf
 26. Gleiche Rechte oder Sonderrechte? - Migration Policy Group, Zugriff am Januar

Autor: Jan Bludau

Datum: 27.01.2025

12 / 13

- 10, 2026,
https://www.migpolgroup.com/_old/public/docs/124.EqualRightsVsSpecialRights_DE_06.07.pdf
27. Artikel 7 - Gleichheit vor dem Gesetz - menschenrechte.jugendnetz.de, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.menschenrechte.jugendnetz.de/artikel/artikel-7-gleichheit-vor-dem-gesetz>
28. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich | einfach POLITIK | bpb.de, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.bpb.de/themen/politisches-system/politik-einfach-fuer-alle/236728/alle-menschen-sind-vor-dem-gesetz-gleich/>
29. "Herbst der Reformen" – Welche Grenzen zieht das Existenzminimum? - Beck.de, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/buergergeld-reform-totalverweigerer-existenzminimum>
30. Verfassungsmäßige Sanktionen im Sozialrecht: Ein Dilemma der bundesverfassungsgerichtlichen Menschenwürdejudikatur, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://journals.uni-goettingen.de/goettinger-rechtszeitschrift/article/download/1199/1255/2720>
31. Entscheidung finden - Beschluss vom 24. April 2025 - Bundesverfassungsgericht, Zugriff am Januar 10, 2026,
https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2025/04/rk20250424_1bvr190224.html
32. Schluss mit der Umverteilung von arm nach reich - DIW Berlin, Zugriff am Januar 10, 2026,
https://www.diw.de/de/diw_01.c.863418.de/nachrichten/schluss_mit_der_umverteilung_von_arm_nach_reich.html
33. BMI - Zahlen, Daten, Fakten - bmi.bund.de, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.bmi.bund.de/DE/themen/oeffentlicher-dienst/zahlen-daten-fakten/zahlen-daten-fakten-node.html>
34. "Ruck-Rede" vor 25 Jahren - Roman Herzogs Weckruf an die Nation - Deutschlandfunk, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.deutschlandfunk.de/bundespraesident-roman-herzog-ruck-rede-100.html>